

Nr. 19/1361**Fragestunde**

1. Fall „Strohalm“ – Kam das Landesjugendamt seinen Pflichten nach?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
 2. Umgang mit CBD-haltigen Produkten in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
 3. Sportlehrerausbildung sichern
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
 4. Abrufbare Bundes- und Landesmittel
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
 5. Norddeutsche Wasserstoffstrategie – Was macht Bremen?
Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
 6. Autonome Fähren und Binnenschifffahrt
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
 7. Stauschwerpunkte analysieren und Verkehrsbehinderungen vermeiden
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
8. Anerkennung von operationstechnischen und anästhesietechnischen Assistenten im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
 9. Rehabilitierung und Entschädigung schwuler Justizopfer
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. März 2019
 10. Kosten im Strafverfahren
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 25. März 2019
 11. Stalking im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 25. März 2019
 12. Betroffenen Auskunft nach § 10 Bundesmeldegesetz (BMG)
Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 25. März 2019

13. Frauenhäuser im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 25. März 2019
14. Entfristung für Mitarbeiterinnen in Gleichstellungsmaßnahmen an der Uni Bremen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 26. März 2019
15. Umsetzung des Wohnraumschutzgesetzes
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2019
16. Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus – wer wird wie unterstützt?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. März 2019
17. Vollständige Schulgeldfreiheit in den Therapieberufen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2019
18. Verkauf des Schuppen 3
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 4. April 2019
19. Zukunft der „Seute Deern“
Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. April 2019
20. Teilschritte zur Barrierefreiheit – barrierefreie Software
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. April 2019
21. Barrierefreie Erreichbarkeit der Räume der Gesamtschwerbehindertenvertretung und des Gesamtpersonalrats
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. April 2019
22. Bleiben Bußgelder auf der Straße liegen?
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. April 2019
23. Einstellungen von Strafverfahren nach § 154 Absatz 1 StPO
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. April 2019
24. Geduldete Ausländer in Wohnungen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. April 2019
25. Öffentlichkeitsfahndung nach einem Sexualstraftäter
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. April 2019
26. Hauptverfahren Baustellen-Überfall immer noch nicht eröffnet?
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 24. April 2019
27. Wechsel von Sprachförderungsklassen (SPBO)/Berufsorientierungsklassen mit Sprachförderung (BOSP) in Maßnahmen oder Arbeit
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. April 2019

28. Externe Meldemöglichkeiten für besorgte Pflegekräfte
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2019
29. Ausbildungsmöglichkeiten zum medizinisch-technischen Assistenten im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2019
30. Weiterleitung von Daten von Bewohnerinnen und Bewohnern von Gemeinschaftsunterkünften an die Polizei
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 2. Mai 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/1362

Erasmus-Aktive im Land Bremen effektiv unterstützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP vom 22. Januar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/1879](#) vom 23. Oktober 2018)
(Drucksache [19/2012](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung einer Erasmus-Koordinierungsstelle für das Land Bremen, zuständig für alle Bereiche in denen sich Bremen an Erasmus-Projekten beteiligt, bei der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen;
2. in diesem Zusammenhang ein Koordinierungsgremium zur Vernetzung der Erasmus-Aktiven im Land Bremen einzurichten;
3. zu prüfen, inwieweit die Aufstockung der Entlastungsstunden für die Erasmus-Koordination im schulischen Bereich sinnvoll und möglich ist oder alternativ entsprechende Zulagen gezahlt werden können;
4. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit binnen drei Monaten zu berichten, wie die oben dargestellten Punkte umgesetzt werden.

Nr. 19/1363

Eine „Europäische Universität“ in Bremen?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1903](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018

(Drucksache [19/1957](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1364

Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2019
(Drucksache [19/1975](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1365

Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode

Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 24. April 2019
(Drucksache [19/2150](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis.

Nr. 19/1366

Ambulante Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1908](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018

(Drucksache [19/1978](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1367

100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1904](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) beauftragt den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft, ihr einen Vorschlag für eine angemessene jährliche Würdigung der Novemberrevolution in Bremen und Bremerhaven vorzulegen. Dabei sollen die Aspekte Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung gleichermaßen berücksichtigt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept zu erarbeiten und ihr vorzulegen, wie die Novemberrevolution in Bremen und Bremerhaven in der Erinnerungs-, Forschungs- und Bildungsarbeit stärker verankert werden kann. Dabei sollen die Aspekte Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung gleichermaßen berücksichtigt werden.

Nr. 19/1368

Wahl und Vereidigung eines Mitglieds und Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn Dr. Stephan Haberland anstelle der ausgeschiedenen Frau Prof. Dr. Barbara Remmert zum Mitglied des Staatsgerichtshofs.

Herr Dr. Stephan Haberland leistet gemäß § 4 Absatz 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

"Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gewissenhaft erfüllen werde."

Herr Dr. Stephan Haberland leistet den Eid mit folgenden Worten:

„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau Dr. Katja Koch anstelle von Herrn Dr. Stephan Haberland zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs.

Nr. 19/1369

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 25. März 2019

(Drucksache [19/2116](#))

3. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Nr. 19/1370

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung

Bericht und Antrag des nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung

vom 30. April 2019

(Drucksache [19/2166](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung Kenntnis.

Nr. 19/1371

Gesundheitliche Ungleichheit nachhaltig bekämpfen – kommunale Stadtteilgesundheitszentren einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 6. Mai 2019

(Drucksache [19/2172](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1372

Landesgesundheitsbericht Bremen 2019

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2019
(Drucksache [19/2174](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1373

Gesundheit in Quartieren mit besonderen Herausforderungen verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Mai 2019
(Drucksache [19/2186](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept für ein integriertes Gesundheitszentrum im Bremer Westen mit den vor Ort tätigen Akteuren zu entwickeln und es der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende des Jahres 2019 vorzulegen sowie darzustellen, in welchen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven es einen ähnlichen Bedarf gibt. Hierzu sollen Gespräche mit dem Magistrat Bremerhaven sowie den Partnern der Selbstverwaltung (Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung) sowie der Ärztekammer geführt werden. Soweit möglich sollen Kosten noch vor den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2020/2021 dargestellt werden, damit sie mit in die Beratungen einfließen können.

Nr. 19/1374

Konzept zur Hebung der Einstiegsämter der Primar- und Sek. I-Lehrkräfte von A 12 auf A 13

Mitteilung des Senats vom 12. März 2019
(Drucksache [19/2100](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1375

Gesetz zur Anhebung der Lehramtsbesoldung und zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2019/2020/2021

Mitteilung des Senats vom 30. April 2019
(Drucksache [19/2158](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/1376

Umsetzung des neuen Gesamtplanverfahrens der Eingliederungshilfe im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 14. November 2018
(Drucksache [19/1917](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019

(Drucksache [19/2019](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1377

Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 16. Januar 2019

(Drucksache [19/1999](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1378

Bericht der Besuchskommission für den Zeitraum Mai 2016 bis April 2018 nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019

(Drucksache [19/2030](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1379

Repräsentative Demokratie attraktiver gestalten

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 11. Dezember 2018

(Drucksache [19/1964](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1380

Gesellschaftliche Integration durch Beflaggung auf Schulhöfen mit der Bundesflagge

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 13. Dezember 2018

(Drucksache [19/1967](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1381

Sozial ungerecht, zu teuer und rechtspolitisch bedenklich: Modellprojekt umsetzen, auf Ersatzfreiheitsstrafen verzichten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 6. Februar 2018

(Drucksache [19/1520](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1382

„Schwitzen statt Sitzen“ zur Pflicht machen - verpflichtende gemeinnützige Arbeit vor Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe

Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. April 2018
(Drucksache [19/1540](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1383

Sozial ungerecht, zu teuer und rechtspolitisch bedenklich: Modellprojekt umsetzen, auf Ersatzfreiheitsstrafen verzichten; „Schwitzen statt Sitzen“ zur Pflicht machen – verpflichtende gemeinnützige Arbeit vor Vollstreckung einer Freiheitsstrafe

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 10. April 2019
(Drucksache [19/2134](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine rechtliche Novellierung der Regelungen zur Ersatzfreiheitsstrafe einzusetzen und dabei die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Justizministerkonferenz einzubeziehen. Dabei sollen insbesondere die folgenden Punkte geprüft werden:
 - a) Die Verhängung einer Ersatzfreiheitsstrafe nur durch (erneute) richterliche Entscheidung.
 - b) Die Verhängung einer Ersatzfreiheitsstrafe nur aufgrund eines Urteils, nicht jedoch eines Strafbefehls.
 - c) Die Möglichkeit, die Tagessatzhöhe bei Änderung der persönlichen Verhältnisse des Verurteilten nachträglich abzuändern.
 - d) Die Möglichkeit, eine (Rest-) Geldstrafe ebenso wie eine (Rest-) Freiheitsstrafe zur Bewährung auszusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) die bereits implementierten und erfolgreich laufenden Maßnahmen zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafe bedarfsgerecht auszubauen und an Bedürfnisse und Fähigkeiten der teils sehr schwierigen Klientel anzupassen;
 - b) den „Runden Tisch zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen“ um Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte als Gäste zu erweitern;
 - c) darauf hinzuwirken, dass noch stärker als bislang bereits im Ermittlungsverfahren die persönlichen Verhältnisse der Beschuldigten gründlich ermittelt und sowohl bei der staatsanwaltschaftlichen Wahl zwischen Diversion, Anklage- und Strafbefehlsverfahren, als auch bei der Festsetzung der Tagessatzhöhe einer zu verhängenden Geldstrafe, beginnend mit dem Einstiegssatz von 1 Euro, berücksichtigt werden.
 - d) zu prüfen, wie der Problematik begegnet werden kann, dass manche Betroffene von einer per Strafbefehl verhängten Geldstrafe erst dann erfahren, wenn sie festgenommen werden und ihnen der Haftbefehl zur Vollstreckung der EFS bekannt gegeben wird, etwa durch den Verzicht auf die Möglichkeit einer Ersatzzustellung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/1384

Radikalisierung früh erkennen und reagieren - Gesetz zur Zuständigkeit bei erkannter Radikalisierung junger Menschen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. August 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1181](#) vom 8. August 2017)
(Drucksache [19/1189](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [19/1192](#) in zweiter Lesung.

Nr. 19/1385

Radikalisierung früh erkennen und reagieren - Gesetz zur Zuständigkeit bei erkannter Radikalisierung junger Menschen

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 30. April 2019
(Drucksache [19/2164](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 19/1386

Frühzeitige unabhängige Asylverfahrensberatung für Geflüchtete ermöglichen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. Oktober 2019
(Drucksache [19/1870](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Geflüchteten in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) nach der Ankunft eine Asylverfahrensberatung bereitzustellen, um asyl- und aufenthaltsrechtliche Informationen zu vermitteln und individuelle Perspektiven zu klären. Hierfür ist in den Abläufen der ZAST vor der Einleitung eines Asylverfahrens beim BAMF eine unabhängige Beratungsstelle einzuplanen und zu refinanzieren.

Nr. 19/1387

Frühzeitige unabhängige Asylverfahrensberatung für Geflüchtete ermöglichen

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

vom 8. Mai 2019

(Drucksache [19/2190](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration Kenntnis.